

Die Regierungskoalition und die Einführung des Proporz

Die denkwürdige Landtagssitzung vom 15. März 1938, drei Tage nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, führte zu zwischenparteilichen Abmachungen, die Grundlage des Proporzgesetzes wurden. Der Landtag sprach sich einhellig für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Liechtensteins aus. In der Frage des Proporzwahlrechtes war die Bürgerpartei zum Nachgeben gezwungen. Pfarrer Anton Frommelt sprach sich gegen den Proporz aus. Regierungschef Dr. Josef Hoop befürwortete das Verhältniswahlrecht. Der Proporz war Voraussetzung für die Befriedung des Volkes und für die Sicherheit des Landes geworden. Nach Verhandlungen der Parteien, an denen Prinz Franz Josef teilnahm, erklärten Union und Bürgerpartei ihr Einsehen für Verfassung,



Dr. Alois Vogt, Regierungschef-Stellvertreter, 1938-1945.

Selbständigkeit des Landes unter der monarchischen Führung des Fürstenhauses und für die bestehenden Verträge mit der Schweiz. Die Bürgerpartei erhielt den Regierungschef und einen Oberländer Regierungsrat. Vorgesehen war ein Proporzgesetz, das auch eine Einheitsliste der Parteien ermöglichen sollte. Die Bestellung der Landes-Kommissionen sowie der Gerichte hatte nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu erfolgen. Das «Vaterland» schrieb über die Abmachung, dass man nun eine Plattform zum inneren Frieden erreicht habe, «von der aus wir auch den Frieden der Herzen organisieren können».

Die Landtagssitzung vom 30. März 1938 führte zur Regierungsumbildung. Die Vaterländische Union nominierte Dr. Alois Vogt als Regierungschef-Stellvertreter, als Regierungsrat Arnold Hoop aus Eschen, der schon 1940 verstarb und in Johann Georg Hasler aus Eschen 1941-1945 seinen Nachfolger fand. Regierungsrat-Stellvertreter wurde Eugen Meier aus Mauren. Ebenfalls am 30. März 1938 ermächtigte Fürst Franz seinen Grossneffen Prinz Franz Josef, die Fürstlichen Rechte in Liechtenstein auszuüben. Am 25. Juli 1938 übernahm er als Fürst Franz Josef II. die Regierung und entfaltete bis heute eine segensreiche Tätigkeit für Land und Volk. Die Situation Liechtensteins war damit innen- und aussenpolitisch gefestigt.

In der Schweiz wurde es sehr begrüsst, dass nun auch die Vaterländische Union, die doch mit 47% der Wählerstimmen eine starke Minderheit bilde, in der Liechtensteiner Regierung vertreten sei.

Nach eingehenden Verhandlungen kam mit Unterstützung von Regierungschef